

# Vorblätter

Gründet 1848



1704

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszeitel

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur: Hans H. Handl (Hilf.) i. V. D. A. Graf v. Moltke (Hilf.) Berlin (Unveränd. Manusk. wird nur zurückgeh., wo Porto beil.)

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 9600 - 9605, für den Fernverkehr Am Dönhofs 9606 - 9605 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postkass. Berlin 1040

## Der Siebente.

Erich Lubendorff Präsidentenratskandidat.

- Der Reichsminister hat die von dem Vizepräsidenten der sogenannten „deutschnationalen Freiheitsbewegung“ aufgestellte Kandidatur Lubendorffs angenommen. Der amtliche Aufgebotzettel wird also, wie bereits im größten Teil des heutigen Morgenblattes gemeldet wurde, die folgenden Namen tragen:
1. Otto Braun, Preussischer Ministerpräsident, a. D., Berlin.
  2. Dr. Heinrich Held, Bayerischer Ministerpräsident, München.
  3. Dr. Willy Hellpach, Badischer Staatspräsident, Karlsruhe.
  4. Dr. Carl Jarres, Reichsminister a. D., Oberbürgermeister, Duisburg.
  5. Erich Lubendorff, General der Infanterie a. D., München.
  6. Wilhelm Marx, Reichsminister a. D., Berlin.
  7. Ernst Thälmann, Transportarbeiter und M. d. R.

Die Aufstellung der Kandidatur Lubendorff bedeutet für den Jarres-Block eine schwere Enttäuschung. Der Feldzugplan der Jarresgruppen beruhte zum guten Teil auf der Creierung eines „deutschnationalen“ Blocks, hinter dem die eigentlichen Entscheidungsträger verbergen bleiben sollten. Man wollte die Wahl mit Ordnung und Tanz und was sonst zu einer „gemäßigten Stimmung“ gehört, betreiben. Das Skeptizismus entgegen der Erwartungen, das vor einigen Wochen unter Leitung des „Einheitsblatts“ bei den Braunvereinigten Vorkämpfern probiert worden ist. Dort war die Beweisführung: es kann keinen, was es will, die Industriezahl alle.

Die Industrie: die Schmeinerindustrie ist heute hinter den Rücken die entscheidende Initiative. Nur so erklärt es sich, daß ein Mann, wie Jarres, als Kandidat aufgestellt werden konnte, der ungeachtet der Anschuldigungen verpackt, die vom Krieg der schmeinerindustriellen Flügel der Nationalliberalen Partei vertrat. Die schmeinerindustrielle Politik hat in den letzten Jahren sich gegenüber liegend gemandelt. Dieselben Kreise, die den Feldzug gegen die Republik organisierten und die rechtsradikale Bewegung finanzierten und besannlichten, die noch im Sommer 1924 gegen das Londoner Abkommen Sturm liefen und mit Hitler sympathisierten, trachten heute eine opportunistische Politik, die mit der Republik und den frachen schwarz-weiß-rot einen fünfzigprozentigen Kompromiß schließt. Ihr Einfluß („die Industriezahl alle“) ist stark genug, um die Deutschnationalen und sogar die wilden Männer der „Voll-Ökonomie-Partei“ zum Einsinken zu bringen. Es schien es, als ob es nur eines Druckes auf den Knopf bedürfte, um den schwarz-weiß-roten Film unter der Firma Jarres abrollen zu lassen.

Doch bei der Aufstellung im Liebeck-Lustnauer allerbald Zwischenfälle vorkamen, die das muttere Spiel führten, konnte nicht in Kauf genommen werden. Auch die Aufstellung eines Kandidaten der Bayerischen Volkspartei spielte wenigstens in Norddeutschland keine große Rolle. Die Abgaben des Bauernbundes, der Deutsch-Bannoveraner und der Aufstellungsverbände waren schon peinlich. Aber so empfindlichen wird doch die Aufstellung Lubendorffs auf den Schicksalsplan des Jarres-Blockes. Denn die Kreise, auf die mit dem schwarz-weiß-rot Arrangement und der Kriegereverins-Stimmung eingewirkt werden sollte, wissen noch nicht, daß Lubendorff bei der Schmeinerindustrie „abgemeldet“ ist und deshalb „nicht mehr in Betracht kommt“. Sie haben sich die Kernfrage, mit denen dieser Mann in all den Jahren von der „Voll-Ökonomie-Partei“ erstickt wurde — noch zuletzt beim Münchener Putsch und bei der Bollgeisterung — gemerkt und fragen, warum denn jetzt auf einmal nur Jarres schwarz-weiß-rot sein soll, nicht aber der vorher so laut geredete Liebeck.

Die Aufstellung Lubendorffs ist durch die nationalsozialistischen Gruppen erfolgt, also den engsten Anhang Hitlers, der „Voll-Ökonomie-Partei“ und national-„revolutionspolitisch“ stimmt hin, deskafeire Angehörige des gebildeten Mittelstandes und Landarbeiter, die man gegen den „Marxismus“ verbeugte, ohne ihre Grundstimmung „Hauterbalender“ zu verdrängen. Alle diese Gruppen waren einmal der Schmeinerindustrie wertvoll als Schmeinerindustriellen für den Fall eines Bürgerkrieges. Man b a u t i heute nicht mehr und überläßt sie ihrem Schicksal. Sie sind fast tot, mehr in der Achtung. Die Führer ist der aus dem Arbeiterbund hervorgeringene Hitler, der wie Hitler nicht nur ein „Voll-Ökonomie-Partei“ die veränderte Welt „nicht mehr versteht“. Und ihr Kandidat der General, der während des Krieges politisch von der Schmeinerindustrie beraten wurde, und nach dem Krieg als „Ingenieur für rechtsradikale Bewegung“ nichtige Verwendung fand. Mit erstickt er das Schicksal der Arbeiter, der seinen Dienst getan. Seine Kandidatur ist ein Akt billigen Protektions.

J. E.

## Sturm Sitzung im Landtag.

Die Wahl bis 31. März verschoben.

Die Volksternzeit des Preussischen Landtags hat heute mit Mehrheit beschlossen, die nächste Sitzung erst am 31. März stattfinden zu lassen. Das bedeutet, daß die Wahl des neuen Ministerpräsidenten und damit die Lösung der preussischen Ministerkrisis bis zu dem gleichen Termin, das heißt bis zwei Tage nach der Reichspräsidentenwahl vertagt wird.

Die Sitzung des Volksterns hat ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch genommen und dauerte eine halbe Stunde über den angedachten Beginn der Plenarsitzung hinaus. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei ebenso die Kommunisten haben sich gegen die Vertagung ausgesprochen. Es war schon im Volksternsitzungstag, daß im Plenum ein lebhaft geführter Kampf um die Entzerrung und die Anordnung des nächsten Sitzungstages sich entspannen würde.

Das traf auch ein. Als mit einhalbhundertberg Vertagung die Plenarsitzung eröffnet wurde, setzte sofort eine heftige Geschäftsordnungsdebatte ein. Die Abgeordneten drängten zur Wiedererteilung. Die Ausführenden der einzelnen Parteien, der die Befugnisse des Geschäftsministeriums übertragen, und teilweise betratete sich die Sprache im Saale so sehr, daß die Redner gar nicht verständlich waren. Dem Reigen eröffnete der deutschnationale Abgeordnete W. Oken, der die Forderung stellte, über den deutschnationalen Antrag zu handeln, der die Befugnisse des Geschäftsministeriums übertragen. Der deutschnationale Redner verteidigte sich so weit, zu erklären, daß seine Fraktion alle Verhandlungen des Geschäftsministeriums für verfassungswidrig anerkennen und eine Entziehung des Reichsgerichtsbezuges herbeiführen würde.

Der kommunistische Sprecher Abg. Fiedler forderte die Vertagung seines Antrags auf sofortige Auflösung des Landtags. Wieder sprach ein Deutschnationaler, der Abg. Wintler, der das Verlangen ansprach, daß Ministerpräsident Marx sofort von dem Landtag entfernt solle, um zu erklären, wie er während der Vertagung die Regierungsgeschäfte zu führen gedächte. Ein wütender Abgeordneter, der sich leidenschaftlich erregte, blieb ganz unverständlich.

Es sprachen dann der demokratische Abg. Nibel und der deutschnationale Seltsame-Schöniger, der das Zentrum sprach anspottete.

Inzwischen war Ministerpräsident Marx erschienen und gab eine kurze Erklärung folgenden Inhalts ab:

„Es ist an mich die Frage gestellt worden, wie ich die Geschäfte der Regierung zu führen gedächte, wenn der Landtag sich vertagen sollte. Darüber enthält der Artikel 59 der Verfassung ausreichende Bestimmungen. Die zurückgetretene Regierung hat die laufenden Geschäfte fortzuführen. Ich halte diese Bestimmung dafür, daß ich in erster Linie dafür zu sorgen habe, daß der Preussische Staat und das preussische Volk durch die Krise keinen Schaden erleidet. Ich halte meine

Politik ferner dahin auf, alles zu tun, um auch in der Zukunft jeden Schaden von unsern öffentlichen Leben abzumehren.“

Die kurze, knappe Erklärung wurde von den Parteien der Reimere Kammer mit lebhaftem Beifall begleitet.

Der kommunistische Abgeordnete Fiedler wandte sich gegen die bürgerlichen Parteien, deren Streit nur um die letzten Ministerposten gehe. Wie der Streit auch immer aussehe, es könnte nur eine Vertagung gegen die Arbeiter daraus hervorheben.

Der sozialdemokratische Abg. Grallin erklärte, daß seine Parteifreunde der Umstellung der Tagesordnung widersprächen. Er sei mit dem demokratischen Abgeordneten Nibel der Meinung, daß die Verantwortungslage auf der rechten Seite des Saales liege, da sie dem zu Recht gewählten Ministerpräsidenten die Bildung einer Regierung unmöglich gemacht habe.

Er beantragte, die Vertagung über die Erklärung des Ministerpräsidenten vorzunehmen, und verlangte die persönliche Anwesenheit des Ministerpräsidenten dabei.

Abg. Grallin beantragt, die Vertagung über die Erklärung des Ministerpräsidenten Marx zu vertagen. (Großer Lärm rechts.)

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. v. C. ampe springt erregt auf die Tribüne und bittet den Abgeordneten Grallin, seinen Antrag zurückzuziehen, der jedoch mit dem Kopf schüttelt. Dann mußte der Antrag unbedingt abgelehnt werden.

Abg. W. a. (S.) wendet sich gegen den Antrag Wintler, der ganz wiederholend sich. Sein Wintler habe sich bitter beklagt, daß Ministerpräsident Marx „nichts gelost“ habe. Trotzdem beantragte er eine Vertagung über das, was der Ministerpräsident gesagt habe. (Große, minutenlanges Getöse.)

Die Geschäftsordnungsdebatte schließt und es kommt zur Abstimmung. Die Ablehnung war über den Antrag der Deutschnationalen, die von dem Abgeordneten Wintler beantragte Vertagung der Erklärung des Ministerpräsidenten zu verlangen, nicht zweifelhafte und der Präsident erteilt die Abstimmung.

An der Abstimmung des Hammerschmiedes, des Deutschnationalen, Zentrum und Sozialdemokraten nicht. Der Präsident hielt sich, daß nur 186 Stimmen gegen den Antrag auf Vertagung der Vertagung der Erklärung des Ministerpräsidenten abgegeben worden sind. Das Haus ist damit beschlußunfähig. Der Präsident hielt die Sitzung auf und beruft die neue Sitzung „für sofort“ ein.

Wieder legt eine Geschäftsordnungsdebatte ein. Abg. Wintler von dem Deutschnationalen wiederholt die in der „ausgesprochenen“ Sitzung gefällte Forderung der Deutschnationalen, ihren Antrag betreffend die Vertagung des nächsten Geschäftsministeriums als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu legen. Inzwischen sind auch die Parteien der Reimere Kammer wieder im Saal erschienen. Das Verlangen der Reimere erregt die demokratischen Parteien auf die Tagesordnung zu setzen, muß die Umstellung unterbleiben.

Das Haus tritt sofort in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung ein. Die Beratung der Anfrage über die Währungsangelegenheiten in Halle.

## Sord Curzon †

Nachrichtendienst der „Vollständigen Zeitung“.

who London, 20. März.

Marquis Curzon of Kedleston ist heute 5 Uhr 35 morgens im 66. Lebensjahre an den Folgen einer schweren Nieren- und Nierenoperation, der sich der englische Staatsmann am 16. März unterziehen mußte, gestorben. Die Operation hatte den Zweck, schwere Nierenleiden zu beseitigen, von denen Curzon kürzlich, unmittelbar bevor er in Cambridge eine Rede halten wollte, befallen wurde. Die Krankheit Curzons wurde zuerst mit einer bayerischen Geheimniskräuter umgeben, daß die ersten Behandlungen über eine Erkrankung in Cambridge von „Distungen aus dem Niere“ sprachen.

\*

Sord Curzon, der bekannteste Schüler Disraelis unter den lebenden englischen Politikern, hat eine romantische und zugleich tragische Laufbahn gehabt. Curzon war der jüngste Sohn eines obligen Familie entstammenden Baronhelfers, der anschließend die Aussicht besaß, den Titel Baron Familie (Sord Curzon) zu führen. Der junge Curzon, der bis bereits in Oxford durch seine gemächliche Redewendung und Mundraubigkeit einen Namen gemacht hatte, ging auf Befehl seines Vaters nach Indien, Mittelasien und Ozeanien, um die politischen Probleme dieser Län-

der zu studieren. Nach anderen Stellen, die er täglich in militärischer Form in seinen Erinnerungen geschildert hat, führte Curzon nach England zurück und verlegte zwei Bücher über die politischen Probleme des Nahen Ostens und des Fernen Ostens, die ihn bereits in jungen Jahren zu einem berühmten Mann machten. Im 27. Jahre war Curzon bereits Mitglied des Unterhauses. Unter Salisbury war er von 1892 bis 1895 Unterstaatssekretär für Indien, dann bis zu seiner Ernennung zum Vizekönig von Indien Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes. 1898 — unmittelbar vor dem Ausbruch der großen indischen Hungersnot und Choleraepidemien — wurde er im Alter von 39 Jahren zum Vizekönig von Indien ernannt. Er hat diesen Posten bis 1905 innegehabt.

Auf dem Kontinent pflegt man das Regime Curzons mit einem Regime der eifernden Furchen zu bezeichnen. Curzon hat jederzeit zweifellos seine harte Maßnahmen gegen die indische Bevölkerung erlassen. Die indischen Unterstaatssekretäre des Auswärtigen Amtes, 1898 — unmittelbar vor dem Ausbruch der großen indischen Hungersnot und Choleraepidemien — wurde er im Alter von 39 Jahren zum Vizekönig von Indien ernannt. Er hat diesen Posten bis 1905 innegehabt.

Die zweite Hälfte seiner ungewöhnlichen Herrschaft von 1902 bis 1905 war ein bitterer Kampf mit dem neuernannten Oberbefehlshaber und Meerestrotz des indischen Meeres, Lord R.